

Mitteilung	4687/2017	Fachbereich 3 Herr Schlich
Verpachtung von Gemeindewald an private Forstdienstleistungsunternehmen		
Folgenden Gremien zur Kenntnis: Ausschuss für Verkehr, Umwelt, Forst und Klimaschutz		

Information:

„Waldpacht“ ist ein neues Thema im Land, deshalb sind die Bedingungen und Auswirkungen noch nicht klar.

Auch Vergleichszahlen, Bilanzen oder Einzelbeträge sind nicht verfügbar. Rechtliche Klärungen sind ebenfalls noch erforderlich.

Um jedoch einen Überblick zu erhalten, hat die Verwaltung sich mit dem Gemeinde- und Städtebund; Herrn Dr. Schaefer, in Verbindung gesetzt und ein Gespräch geführt. Herr Dr. Schaefer ist beim GStB der zuständige Referent in Sachen Forsten, Fischerei, Jagd, Naturschutzrecht und im Ausschuss für Umwelt und Forsten, Gemeinsamer Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“, Deutscher Forstwirtschaftsrat, FECOF – Deutsche Sektion, Fachbeirat Jagd, Landeswaldausschuss und im Landesjagdbeirat tätig.

Im Gesprächsergebnis bleibt festzuhalten:

Das Pächtermodell:

„Waldpacht“ ist in Rheinland-Pfalz unüblich, da das Hauptproblem darin besteht, dass der Wald nach Pachtende „anders“ zurückgegeben wird als er vom Pächter übernommen wurde. Die kommunale Verantwortung für den Wald und seine nachhaltige Bewirtschaftung wird in großen Teilen abgegeben.

Die „Waldpacht“ ist aus derzeitiger Sicht die letzte Stufe vor dem Verkauf.

Der Pächter will und muss Gewinn erwirtschaften, zieht Früchte aus dem Wald und nutzt ihn als stehendes Vorratslager. Zurzeit ist in Rheinland-Pfalz ein Interessent vertraglich aktiv; dieser kommt aus der Holzwirtschaft und verfolgt deren Interessen (Fa. Schmitz-Holz).

Besondere Vorrechte werden vertraglich für den Pächter gesichert und dieser fordert weitest gehende Freiheit in seiner Form der Bewirtschaftung um möglichst viel Geld in der Pachtzeit zu generieren.

Wegebau, Waldschutz, Bodenschutz oder Neukulturen werden dagegen im Konzept abgelehnt.

Eine Rücksichtnahme auf Erholungsfunktionen des Waldes ist erheblich reduziert.

Im Regelfall kommt es zum Einsatz von großen Holzerntemaschinen zu Zeiten, die dem Pächter genehm sind.

Damit ist eine nach dem Waldgesetz geforderte nachhaltige Waldbewirtschaftung nicht mehr gegeben.

Zurzeit gibt es nur zwei kleine Kommunen mit jeweils weniger als 100 ha Waldfläche, die ihren sehr strukturschwachen Wald verpachtet haben, weil sie die Umlage für den staatlichen Förster einsparen wollen.

Alternative: Private Dienstleister

Die Alternative zu dem Pächtermodell sind private Dienstleister die im Auftrag der Kommune unter Aufsicht des Forstrevierleiters eingesetzt werden können. Dieses System hat sich bis

dato bewährt, da der Einsatz unter Berücksichtigung aller Belange durch die Revierleitung erfolgt.

In diesem Zusammenhang ist ein denkbares Modell, künftig mehr Arbeiten gezielt an Dienstleister zu vergeben, und eigene Arbeitskräfte an anderer Stelle (z. B. Bestandspflege, Nachpflanzungen, Aufforstungen, etc.) einzusetzen.

Ebenso wäre es denkbar, die vorhandene Waldfläche künftig bei gleichen Arbeitskräften noch zu erweitern, in dem Waldflächen von anderen Gemeinden in die forstliche Betreuung übernommen werden. Beispielhaft darf hier auf die Beförderung des Waldes der Ortsgemeinde Kottenheim durch das Forstrevier der Stadt Mayen hingewiesen werden.

Fazit:

Waldpachtverträge machen zurzeit wenig Sinn, da sie in bestimmten Punkten nicht konform mit dem gültigen Landeswaldgesetz sind. Die Personalkosten für den Revierleiter bleiben ohnehin bestehen.

Die Arbeitsplätze der Forstmitarbeiter in der Kommune werden dabei erheblich gefährdet.

Der Pächter verwertet den Holzeinschlag nur auf "eigene Rechnung". Auch eine ausgewogene Verknüpfung mit dem Erholungswald ist nicht gegeben. Dies beinhaltet rechtliche Schwierigkeiten, ebenso wie der Wegfall von Ausbildungsplätzen für künftige Forstwirte oder Forstwirtschaftsmeister.

Für Waldflächen in der Größenordnung des Mayener Stadtwaldes (rd. 1.600 ha) ist eine Waldverpachtung nicht konform mit dem gültigen Waldgesetz. Nach Maßgaben der Firmen ist es zudem unerwünscht, dass nach einem Pachtvertrag noch aktuelle Anweisungen an den Pächter durch Kommunen erteilt werden.

Zitat Dr. Schaefer: „Verantwortung für den Wald abgeben, ist keine Option für die Stadt. Waldverpachtung bietet für Mayen keine gute Perspektive“